Aus WK 4/11 S.8/9.

Aus Wien wird uns hierzu mitgeteilt unter dem 21.9.17.:

Was die „Alldeutschen Blätter" „Kriegsziele der roten Internationale" nennen, sind in Wahrheit nur die Kriegsziele der österreichischen und ungarischen Regierungen, welche der Minister des Aeussern, Graf Czernin, in wiederholten amtlichen Ennunziationen verkündet hat und den Inhalt der Thronrede bildet, mit welcher Kaiser Carl den österreichischen Reichsrat und das ungarische Abgeordnetenhaus eröffnet hat. Zu dem Kriegsziel eines Verständigungsfriedens ohne Annexionen haben sich ebenso wie der derzeitige österreichische Ministerpräsident Dr. von Seidler, der der christlich-sozialen Partei nahesteht, alle ungarischen Regierungen, die gewesenen ungarischen Ministerpräsidenten, Graf Tisza und Graf Esszterhazy, der gegenwärtige ungarische Ministerpräsident Dr. von Wokerle, mit allem Nachdruck und aller Feierlichkeit unter einmütiger Zustimmung der Volksvertretung bekannt und die „Wiener Presse" erfüllt eine patriotische Pflicht, wenn sie die Politik der Regierung nach Kräften unterstützt. Bekanntlich hat der Minister des Auswärtigen Graf Czernin die sozialdemokratischen Delegierten .....Stockholm vor ihrer Abreise in Audienz empfangen.

Die „Neue Freie Presse" lehnt es ab, auf gehässige Anwürfe, ob sie nun in österreichischen oder in deutschen antisemitischen Presseerzeugnissen vorkommen, zu antworten. Die Tatsache, dass Kaiser Carl den Herausgeber und Chefredakteur der „Neuen Freien Presse" in das Herrenhaus berufen hat, spricht für sich und macht jede Widerlegung verlogener Anklagen überflüssig.

Erinnerlich ist, dass sowohl der verewigte Kaiser Franz Joseph I als auch der jetzt regierende Kaiser Karl I. wiederholt die patriotische Haltung der „Wiener Presse" lobend anerkannt haben und wenn von „Wiener Presse" die Rede ist, so zählen Blätter von der geistigen Armseligkeit der „Ostdeutschen Rundschau" und des „Deutschen Volksblatt" nicht mit, sodass deutschnationale Führer, wie der Vizepräsident des Parlamentes Dr. Otto Steinwender ständige Mitarbeiter der sogenannten „Judenblätter" sind. Die antisemitischen Blätter christlich-sozialer und deutsch-nationaler Färbung kümmern sich um den sogenannten „Burgfrieden" gar nicht , der aber von der liberalen Wiener Presse eingehalten wird, die angesichts eines übermenschlichen Ringend gegen die auswärtigen Feinde der Monarchie die Verpflichtung empfindet, jede Aeusserung inneren Zwistes und inneren Zerwürfnisses zu unterdrücken. Während die antisemitischen Blätter unablässig über Juden und Judenpresse schimpfen und in dieser Schimpferei ihre patriotische Betätigung erschöpft sehen, hat die neue Freie Presse über 15 Millionen Kronen gesammelt für die verschiedensten Wohlfahrtsinstitute, die den von dem Kriegsleid Betroffenen gewidmet:

hat das Neue Wiener Tagblatt eine Aktion eingeleitet, um ein warmes Frühstück den hungernden Schulkindern während des Krieges gewähren zu können; hat ein junger jüdischer Advokat Dr. Josef Kläger eine Aktion zustande gebracht „Freibrot für die Armen Wiens" und sämtliche Spenden für alle diese Aktionen kommen nahezu ausschliesslich von jüdischen Wohltätern. Es ist übrigens ein offenes Geheimnis, dass die wüsten Hetzereien gegen die Wiener Judenpresse nichts sind als Ausdruck des Neides einer geistigen Armut und Hilflosigkeit. Allerdings der Kampfruf gegen die Juden erklingt auch unablässig ohne Rücksicht auf den sogenannten Burgfrieden in den Reden christlich-sozialer und deutschnationaler Mandatare.

Immer und immer wieder erklingt der Kampfruf gegen das Judentum aus dem Munde der Herren Mataja, Jerzabek, K.H.Wolf, Was das Herz dieser Herren schwer bedrückt ist die Sorge um die Zukunft; sie fürchten, dass nach dem Kriege eine sozialdemokratische Hochflut heranrauschen dürfte, die sie und ihre Genossen von der politischen Bildfläche wegschwemmt, und sie flüchten zu den alten Kunstgriffen aller Reaktionäre; sie glauben noch immer, mit dem „Hepp-Hepp"-Ruf die Menge zu betören und sich derart evtl. vor dem drohenden Untergang retten zu können. Es wird sich zeigen, ob die aus den Schützengräben zurückkehrenden mit dem „Sozialismus des dummen Kerls" sich zufrieden geben oder ob sie nicht vielmehr alle diejenigen zur Rechenschaft ziehen werden, welche durch unablässiges Schüren des Völker- und Rassenhasses die europäische Katastrophe vorzubereiten geholfen haben.

Dazu gehören nicht bloß die Deutschvölkischen, die durch ihren Uebermut und ihre Rüpelhaftigkeit Hass und ungerechte Vorurteile gegen das Deutschtum erzeugt, dazu gehören auch - seltsam genug - selbst klerikale Organe. Die agrarisch-klerikal-antisemitische Reichspost war seit je ein Kriegshetzplatz ärgster Sorte. Einem späteren Geschichtsschreiber bleibt es vorbehalten, des Näheren zusammenzustellen, was dieses Blatt zur Entfesselung des unheilvollen Weltbrandes an Zündstoff beigetragen. Ein Jahrzehnt hindurch hat es gegen Serbien zum Kriege gehetzt und alle Massnahmen der verschiedensten österr. Regierungen gegen Serbien waren ihr nicht scharf genug. Im Interesse der Grossagrarier wurde Serbien eingeschnürt und erdrosselt, jeder Absatz agrarischer Produkte aus Serbien in Oesterreich unmöglich gemacht, sodass Serbien im Interesse seiner Selbsterhaltung in die Arme der Entente mit Gewalt gedrängt wurde. Von Oesterreich - im Interesse der österreichischen Grossagrarier - förmlich boykottiert, musste dieses Land, wollte es nicht wirtschaftlich zugrunde gehen, anderwärts Halt und Anschluss suchen.

Andererseits hat auch diese klerikale Reichspost durch unaufhörliche Hetzereien gegen Italien unser Bundesverhältnis zu diesem Staat förmlich vergiftet. Und so ist es gekommen, dass die wiederholten Ennunziationen des gegenwärtigen Papstes zugunsten des Friedens in der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung" würdiger und sympathischer behandelt werden, als in der frommen katholischen Reichspost. Mit der neuesten Note freilich musste man anständiger umgehen; man hilft sich durch Schimpfereigegen die Stockholmer.

Die Angst vor der sozialdemokratischen Flut diktiert unseren politischen Parteien die Haltung, erklärt vielleicht auch die Tatsache, dass der sogenannten Zensur in Wien und in der ~~sogenannten Provinzpresse~~ antisemitischen Provinzpresse unsere Glaubensgenossen Gegenstand steter Angriffe bilden, während eine Abwehr jüdischerseits nicht dieselbe Freiheit genießt. Wir haben gegen Kaiser und Reich unsere Pflichten voll und ganz erfüllt und müssen uns rüsten, den feindseligen Strömungen mit Kraft und Energie zu begegnen. Allerdings erst nach dem Kriege ~~xx~~ in einer von den Fesseln der Zenus befreiten Presse.

Alldeutsche Blätter 12.Mai 1917.

Die Wiener Presse und das Deutschtum. Aus Wien wird uns geschrieben: Für den reichsdeutschen Leser muss es befremdend wirken, dass die gesamte Wiener Presse - mit ganz verschwindenden Ausnahmen - für die Kriegsziele der roten Internationale mit wahrem Feuereifer eintritt. Nur keinen deutschen S i e g - das geht wie ein roter Faden von der „Neuen Freien Presse" bis zur „Arbeiterzeitung". Der Alldeutsche Verband und die preussischen Konservativen sind die Karnickel, die an allem Unglück schuld sind. So läßt sich die „Zeit" berichten, so kann man im „Neuen Wiener Journal" ~~berichten~~ lesen, so orakelt das angebliche Weltblatt die „Neue Freie Presse" und so schimpft und wettert täglich die „Arbeiterzeitung". Dabei ist Wien immer noch eine deutsche Stadt und hat unter den 2 Millionen Bewohnern viele, sehr viele Tausende von w a h r h a f t D e u t s c h b e w u s s t e n. Aber in der Presse kommt das nicht zum Ausdruck. Ein Viertelhundert Tagesblätter erscheinen in Wien, aber nur z w e i sind wirklich und wahrhaft deutsch: Das christlich-soziale „Deutsche Volksblatt" und die deutschnationale „Ostdeutsche Rundschau". Die streng römisch klerikale „Reichspost" ist ausgezeichnet geleitet und wird viel gelesen, sie kämpft erfolgreich gegen die Sozialdemokratie und das mit ihr verbündete Judentum, aber in allen deutschnationalen Fragen ist sie naturgemäss als Blatt des Piusvereins in erster Linie R ö m i s c h. Alle anderen Zeitungen in Wien aber, sofern sie überhaupt politische Bedeutung haben, stehen im Banne der G o l d e n e n und r o t e n I n t e r n a t i o n a l e. Nirgends ist die jüdische Großfinanz mächtiger, als am alten Nibelungenstrome. Das österreichische Judentum aber ist durchaus auf Seite unserer Gegner, wenn auch natürlich augenblicklich die Händlerpresse furchtbar deutsch „tun" kann. Wie es in Wahrheit mit den Gesinnungen dieser Blätter steht, bewie s ihre Haltung in der Z a b e r n f r a g e, die man zu einer geradezu masslosen Hetze gegen ~~die~~ den deutschen Militarismus benutzte. Noch kurz vor dem Kriege höhnte das „Neue Wiener Journal" über den Grafen Z e p p e l i n und seine „ganz unmöglichen Luftschiffe, während man über Frankreich und England - ebenso wie in der geistesverwandten „Zeit" - nur das denkbar Beste las. Unvergessen bleibt ja jener Aufsatz in der „Neuen Freien Presse", den der britische Botschafter „Cartwright in das gefällige Weltblatt einschmuggelte, um O e s t e r r e i c h v o m D e u t s c h e n R e i c h e l o s z u s p r e n g e n. Alles das muss man heute wissen, um sich nicht darüber zu wundern, dass die Wiener Presse so begeistert für einen Frieden o h n e

e i n e n d e u t s c h e n E r f o l g eintritt... Nach dem Kriege wird darüber noch mehr zu sagen sein.

Aus NK 4/11 S.8/9.

Aus Wien wird uns hierzu mitgeteilt unter dem 21.9.17.:

Was die „Alldeutschen Blätter" „Kriegsziele der roten Internationale" nennen, sind in Wahrheit nur die Kriegsziele der österreichischen und ungarischen Regierungen, welche der Minister des Aeussern, Graf Czernin, in wiederholten amtlichen Ennunziationen verkündet hat und den Inhalt der Thronrede bildet, mit welcher Kaiser Carl den österreichischen Reichsrat und das ungarische Abgeordnetenhaus eröffnet hat. Zu dem Kriegsziel eines Verständigungsfriedens ohne Annexionen haben sich ebenso wie der derzeitige österreichische Ministerpräsident Dr. von Seidler, der der christlich-sozialen Partei nahesteht, alle ungarischen Regierungen, die gewesenen ungarischen Ministerpräsidenten, Graf Tisza und Graf Esterhazy, der gegenwärtige ungarische Ministerpräsident Dr. von Wekerle, mit allem Nachdruck und aller Feierlichkeit unter einmütiger Zustimmung der Volksvertretung bekannt und die „Wiener Presse" erfüllt eine patriotische Pflicht, wenn sie die Politik der Regierung nach Kräften unterstützt. Bekanntlich hat der Minister des Auswärtigen Graf Czernin die sozialdemokratischen Delegierten .....Stockholm vor ihrer Abreise in Audienz empfangen.

Die „Neue Freie Presse" lehnt es ab, auf gehässige Anwürfe, ob sie nun in österreichischen oder in deutschen antisemitischen Presseerzeugnissen vorkommen, zu antworten. Die Tatsache, dass Kaiser Carl den Herausgeber und Chefredakteur der „Neuen Freien Presse" in das Herrenhaus berufen hat, spricht für sich und macht jede Widerlegung verlogener Anklagen überflüssig.

Erinnerlich ist, dass sowohl der verewigte Kaiser Franz Joseph I als auch der jetzt regierende Kaiser Karl I. wiederholt die patriotische Haltung der „Wiener Presse" lobend anerkannt haben und wenn von „Wiener Presse" die Rede ist, so zählen Blätter von der geistigen Armseligkeit der „Ostdeutschen Rundschau" und des „Deutschen Volksblatt" nicht mit, sodass deutschnationale Führer, wie der Vizepräsident des Parlamentes Dr. Otto Steinwender ständige Mitarbeiter der sogenannten „Judenblätter" sind. Die antisemitischen Blätter christlich-sozialer und deutsch-nationaler Färbung kümmern sich um den sogenannten „Burgfrieden" gar nicht , der aber von der liberalen Wiener Presse eingehalten wird, die angesichts eines übermenschlichen Ringend gegen die auswärtigen Feinde der Monarchie die Verpflichtung empfindet, jede Aeusserung inneren Zwistes und inneren Zerwürfnisses zu unterdrücken. Während die antisemitischen Blätter unablässig über Juden und Judenpresse schimpfen und in dieser Schimpferei ihre patriotische Betätigung erschöpft sehen, hat die neue Freie Presse über 15 Millionen Kronen gesammelt für die verschiedensten Wohlfahrtsinstitute, die den von dem Kriegsleid Betroffenen gewidmet;

hat das Neue Wiener Tagblatt eine Aktion eingeleitet, um ein warmes Frühstück den hungernden Schulkindern während des Krieges gewähren zu können; hat ein junger jüdischer Advokat Dr. Josef Kläger eine Aktion zustande gebracht „Freibrot für die Armen Wiens" und sämtliche Spenden für alle diese Aktionen kommen nahezu ausschliesslich von jüdischen Wohltätern. Es ist übrigens ein offenes Geheimnis, dass die wüsten Hetzereien gegen die Wiener Judenpresse nichts sind als Ausdruck des Neides einer geistigen Armut und Hilflosigkeit. Allerdings der Kampfruf gegen die Juden erklingt auch unablässig ohne Rücksicht auf den sogenannten Burgfrieden in den Reden christlich-sozialer und deutschnationaler Mandatare.

Immer und immer wieder erklingt der Kampfruf gegen das Judentum aus dem Munde der Herren Mataja, Jerzabek, K.H.Wolf, Was das Herz dieser Herren schwer bedrückt ist die Sorge um die Zukunft; sie fürchten, dass nach dem Kriege eine sozialdemokratische Hochflut heranrauschen dürfte, die sie und ihre Genossen von der politischen Bildfläche wegschwemmt, und sie flüchten zu den alten Kunstgriffen aller Reaktionäre; sie glauben noch immer, mit dem „Hepp-Hepp"-Ruf die Menge zu betören und sich derart evtl. vor dem drohenden Untergang retten zu können. Es wird sich zeigen, ob die aus den Schützengräben Zurückkehrenden mit dem „Sozialismus des dummen Kerls" sich zufrieden geben oder ob sie nicht vielmehr alle diejenigen zur Rechenschaft ziehen werden, welche durch unablässiges Schüren des Völker- und Rassenhasses die europäische Katastrophe vorzubereiten geholfen haben.

Dazu gehören nicht bloß die Deutschvölkischen, die durch ihren Uebermut und ihre Rüpelhaftigkeit Hass und ungerechte Vorurteile gegen das Deutschtum erzeugt, dazu gehören auch - seltsam genug - selbst klerikale Organe. Die agrarisch-klerikal-antisemitische Reichspost war seit je ein Kriegshetzplatz ärgster Sorte. Einem späteren Geschichtsschreiber bleibt es vorbehalten, des Näheren zusammenzustellen, was dieses Blatt zur Entfesselung des unheilvollen Weltbrandes an Zündstoff beigetragen. Ein Jahrzehnt hindurch hat es gegen Serbien zum Kriege gehetzt und alle Massnahmen der verschiedensten österr. Regierungen gegen Serbien waren ihr nicht scharf genug. Im Interesse der Grossagrarier wurde Serbien eingeschnürt und erdrosselt, jeder Absatz agrarischer Produkte aus Serbien in Oesterreich unmöglich gemacht, sodass Serbien im Interesse seiner Selbsterhaltung in die Arme der Entente mit Gewalt gedrängt wurde. Von Oesterreich - im Interesse der österreichischen Grossagrarier - förmlich boykottiert, musste dieses Land, wollte es nicht wirtschaftlich zugrunde gehen, anderwärts Halt und Anschluss suchen.

Andererseits hat auch diese klerikale Reichspost durch unaufhörliche Hetzereien gegen Italien unser Bundesverhältnis zu diesem Staat förmlich vergiftet. Und so ist es gekommen, dass die wiederholten Ennunziationen des gegenwärtigen Papstes zugunsten des Friedens in der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung" würdiger und sympathischer behandelt werden, als in der frommen katholischen Reichspost. Mit der neuesten Note freilich musste man anständiger umgehen; man hilft sich durch Schimpfereigegen die Stockholmer.

Die Angst vor der sozialdemokratischen Flut diktiert unseren politischen Parteien die Haltung, erklärt vielleicht auch die Tatsache, dass der sogenannten Zensur in Wien und in der ~~sogenannten Provinzpresse~~ antisemitischen Provinzpresse unsere Glaubensgenossen Gegenstand steter Angriffe bilden, während eine Abwehr jüdischerseits nicht dieselbe Freiheit genießt. Wir haben gegen Kaiser und Reich unsere Pflichten voll und ganz erfüllt und müssen uns rüsten, den feindseligen Strömungen mit Kraft und Energie zu begegnen. Allerdings erst nach dem Kriege ~~wo~~ in einer von den Fesseln der Zensur befreiten Presse.

In den ersten Kriegsmonaten waren wir genötigt, wegen verschiedener beleidigender und aufhetzender Artikel der antisemitischen „Staatsbürgerzeitung" Anträge an das Königliche Oberkommando zu richten. Wir nehmen auf den damaligen Schriftwechsel Bezug.

Nunmehr wird uns von zahlreichen Mitgliedern mitgeteilt, dass diese selbe Berliner Staatsbürgerzeitung bezw. der Spreeverlag G.m.b.H. als Verleger der Staatsbürgerzeitung das anliegende gedruckte Rundschreiben in ungezählten Exemplaren zur Versendung bringt, und zwar hauptsächlich an Offiziere.

Dieses Rundschreiben enthält iederum die schwersten Anwürfe gegen die Juden in ihrer Gesamtheit, daneben aber auch Achtungsverletzungen gegen die Behörden, indem von einer „unerträglichen Drangsalierung des Blattes", einem „neuen behördlichen Judenkurs" und dem „Terror der Berliner Zensur für die nichtjüdischen Zeitungen" gesprochen wird. Es wird schon jetzt für die Zeit nach dem Kriegsende der Boykott gegen die jüdische Geschäftswelt angekündigt und zum Kampfe gegen die Juden in ihrer Gesamtheit aufgefordert.

Abgesehen davon, dass der Inhalt dieses Rundschreibens vielleicht sogar gegen die Strafgesetze verstösst, ist er sicherlich in höchstem Masse geeignet, den Burgfrieden zu gefährden und die Gegensätze zu verschärfen. Die Tatsache, dass diese Aufforderung auch ins Feld gesandt wird, lässt die Gefahr für die ausnahmslose Einigkeit aller Angehörigen der Heeresmacht noch besonders gross erscheinen.

Wir beantragen daher:

das königliche Oberkommando möge den weiteren Versand dieser Druckschrift verhindern und die noch vorhandenen Exemplare beschlagnahmen.

Einem gütigen Rückbescheide sehen wir entgegen.

An

das Königliche
Oberkommando in den Marken,

Berlin C 2,
Hinter dem Giesshause 3.

Aus WK 24/17.

Vertraulich!

Frohnau-Berlin, Poststempelzeit
Barbarossa-Korso.

Sehr geehrter Herr!

Den sogenannten inneren Burgfrieden während des grossen Krieges nützen die jüdischen Organisationen mit großem Geschick aus, um die Macht des Judentums zu erweitern und die Gegner der jüdischen Vorherrschaft zu vernichten. Namentlich versuchten sie das führende antisemitische Organ der Reichshauptstadt und Deutschlands, die im 51. Jahre erscheinende Berliner S t a a t s b ü r g e r - Z e i t u n g, zur Strecke zu bringen.

Die Hetze ging gleich nach Ausbruch des Krieges los. Jüdische Organisationen bearbeiteten die Wirte und Kaffeehausbesitzer, die Staatsbürgerzeitung nicht mehr auszulegen. Inserenten wurden durch Androhung von Boykott veranlasst, dem Blatte die Anzeigen vorzuenthalten. Besonders spekulierten die jüdischen Organisationen auf die Willfährigkeit der Behörden, die ja seit Ausbruch des Krieges bemüht sind, jeden Wunsch zu erfüllen, den sie den Juden von den Augen ablesen können. Es regnete jüdische Denunziationen gegen die Staatsbürger-Zeitung beim Oberkommando in den Marken. Die Folge war eine unerträgliche Drangsalierung des Blattes und schließlich das Erscheinungsverbot während der Kriegsdauer, obgleich die Staatsbürger-Zeitung nichts anderes geschrieben hat als was andere Zeitungen unbeanstandet schreiben dürfen. Den Nach-

weis werden wir im Frieden an Hand unseres reichhaltigen Materials führen.

Ihr Ziel werden die Juden hoffentlich nicht erreichen. Die Staatsbürger-Zeitung lässt sich nicht einschüchtern. Sie hält nach wie vor treu zu ihrem Wahlspruch:
Für deutsche Art, gegen Verjudung und Byzantinismus!

Der unterzeichnete Verlag will das Blatt nach Friedensschluß als freimütiges Wochenblatt wieder wie bisher herausbringen, wenn er die nötige Unterstützung findet. Das Weitererscheinen eines Kampfblattes wie der Staatsbürger-Zeitung liegt im Interesse des sich selbst treuen Deutschtums, denn nach dem Kriege werden Judenherrschaft und Judeneinfluss in Deutschland in einer Weise anwachsen, wie es sich die Veranstalter des neuen behördlichen Judenkurses nicht träumen lassen. Deutschland wird es ergehen wie Frankreich nach dem Dreyfußskandal, bei dem bekanntlich das internationale Judentum siegte. Die Judenfachpresse weist jetzt schon triumphierend auf die kommenden Dinge hin. Es wird eine Massenwanderung von Juden in die deutsche Armee und die Regierung erfolgen. Ob das aktive Offizierskorps der deutschen Armee dadurch eine Verbesserung erfahren wird?

Eine ernste Frage in einer Zeit, wo die Armee der einzige gesunde Tragbalken im Bau des deutschen Reiches ist und fast alles übrige wurmstichig geschwächt erscheint! Ist nicht die Verschwörung der ganzen Welt gegen Deutschland der Bankerott der deutschen Auslandspolitik? Einem Bismarck wäre das nicht passiert. Aber Bismarck wurde fortgeschickt. Vor der sicheren Vernichtung hat uns nur bewahrt

die Armee, d.h. in erster Linie die militärische Führung: das deutsche Offizierskorps. Jetzt wird dieses den Juden ausgeliefert. Da entsteht die bange Frage, was wird geschehen, wenn wir wieder vor dem Abgrund stehen? Ministerverantwortlichkeit? Ein Ding zum Lachen! Heute können sich als Minister wirklich nur die Handlanger des kaiserlichen Willens behaupten.

Die Durchdringung der Ministerien mit Juden kann bei der nationalen Solidarität des Judentums bedenkliche Folgen zeitigen. Man denke an die Vergebung von Aufträgen und Lieferungen durch die Behörden. Entsteht hier nicht die Gefahr der systematischen Bevorzugung jüdischer Firmen?! Einige Ministerien wimmeln übrigens jetzt schon von Juden. Da die meisten jüdischen Geschäftsleute, namentlich die Warenhäuser, mit zu hohen Spesen arbeiten und durch den Krieg arg verschuldet sind, werden sie nach dem Friedensschluss bemüht sein, eine Erhöhung ihres Geschäftsumsatzes mit ihren bekannten Geschäftspraktiken auf Kosten der nichtjüdischen Geschäftsleute zu erzwingen. Außerdem ist mit einer Masseneinwanderung von Juden aus allen Himmelsrichtungen zu rechnen. Die behördliche Begünstigung und Verhätschelung der Juden in Deutschland sowie die Drangsalierung der Juden in Rußland muss zu einer Ueberschwemmung Deutschlands mit Juden führen.

Wenn Sie den weiteren Kampf der Staatsbürger-Zeitung gegen die jüdische Vorherrschaft für wünschenswert halten, so bitten wir Sie, unsere Bestrebungen auch durch die Tat zu fördern und uns für den

Agitationsfonds unseres Blattes an den unterzeichneten Verlag einen Beitrag zu senden.

Seit der vor einem halben Jahr erfolgten Unterdrückung haben sämtliche Einnahmen des Blattes aufgehört. Den Eingang anonymer Einsendungen quittieren wir auf Wunsch gern später im Blatt.

Nach dem Friedensschluss und dem Aufheben des Terrors der Berliner Zensur für die nichtjüdischen Zeitungen wird der Verlag eine Anzahl Agitationsbroschüren herausbringen, deren fertige Manuskripte bereits in seinem Besitz sind. Ferner haben sich einige Freunde der Sache verpflichtet, von jeder Nummer des Blattes 2000 Werbeexemplare verteilen zu lassen. Die Staatsbürger-Zeitung wird nach ihrem Wiedererscheinen den von den Juden rücksichtslos gehandhabten wirtschaftlichen Boykott fortgesetzt und systematisch auch ihren Lesern als Waffe gegen das Judentum empfehlen: „Kauft nicht bei Juden!" Boykott ist die einzige Kulturwaffe gegen die Judenherrschaft. Der von den Polen gegen die Juden geübte Boykott hat zu ungeahnten Erfolgen geführt, wie die Zornausbrüche der Judenblätter dartun.

Indem wir Sie noch bitten, uns gütigst die Anschrift von Gesinnungsfreunden und nichtjüdischen Firmen, die als Inserenten in Frage kommen, mitzuteilen, verbleiben wir

Mit deutschem Grusse

Spreeverlag G.m.b.H.

Erohnau - Berlin,

Postscheckkonto: Berlin 8193.

In den ersten Kriegsmonaten waren wir genötigt, wegen verschiedener beleidigender und aufhetzender Artikel der antisemitischen „Staatsbürgerzeitung" Anträge an das Königliche Oberkommando zu richten. Wir nehmen auf den damaligen Schriftwechsel Bezug.

Nunmehr wird uns von zahlreichen Mitgliedern mitgeteilt, dass diese selbe Berliner Staatsbürgerzeitung bezw. der Spreeverlag G.m.b.H. als Verleger der Staatsbürgerzeitung das anliegende gedruckte Rundschreiben in ungezählten Exemplaren zur Versendung bringt, und zwar hauptsächlich an Offiziere.

Dieses Rundschreiben enthält iederum die schwersten Anwürfe gegen die Juden in ihrer Gesamtheit, daneben aber auch Achtungsverletzungen gegen die Behörden, indem von einer „unerträglichen Drangsalierung des Blattes", einem „neuen behördlichen Judenkurs" und dem "Terror der Berliner Zensur für die nichtjüdischen Zeitungen" gesprochen wird. Es wird schon jetzt für die Zeit nach dem Kriegsende der Boykott gegen die jüdische Geschäftswelt angekündigt und zum Kampfe gegen die Juden in ihrer Gesamtheit aufgefordert.

Abgesehen davon, dass der Inhalt dieses Rundschreibens vielle icht sogar gegen die Strafgesetze verstösst, ist er sicherlich in höchstem Masse geeignet, den Burgfrieden zu gefährden und die Gegensätze zu verschärfen. Die Tatsache, dass d ese Aufforderung auch ins Feld gesandt wird, lässt die Gefahr für die ausnahmslose Einigkeit aller Angehörigen der Heeresmacht noch besonders gross erscheinen.

Wir beantragen daher:

das königliche Oberkommando möge den weiteren Versand dieser Druckschrift verhindern und die noch vorhandenen Exemplare beschlagnahmen.

Einem gütigen Rückbescheide sehen wir entgegen.

An

das Königliche
Oberkommando in den Marken,

Berlin C 2,
Hinter dem Giesshause 3.

Aus WK 24/17.

Vertraulich!

Frohnau-Berlin, Poststempelzeit Barbarossa-Korso.

Sehr geehrter Herr!

Den sogenannten inneren Burgfrieden während des grossen Krieges nützen die jüdischen Organisationen mit großem Geschick aus, um die Macht des Judentums zu erweitern und die Gegner der jüdischen Vorherrschaft zu vernichten. Namentlich versuchten sie das führende antisemitische Organ der Reichshauptstadt und Deutschlands, die im 51. Jahre erscheinende Berliner S t a a t s b ü r g e r - Z e i t u n g, zur Strecke zu bringen.

Die Hetze ging gleich nach Ausbruch des Krieges los. Jüdische Organisationen bearbeiteten die Wirte und Kaffeehausbesitzer, die Staatsbürgerzeitung nicht mehr auszulegen. Inseranten wurden durch Androhung von Boykott veranlasst, dem Blatte die Anzeigen vorzuenthalten. Besonders spekulierten die jüdischen Organisationen auf die Willfährigkeit der Behörden, die ja seit Ausbruch des Krieges bemüht sind, jeden Wunsch zu erfüllen, den sie den Juden von den Augen ablesen können. Es regnete jüdische Denunziationen gegen die S a a t s b ü r g e r - Z e i t u n g beim Oberkommando in den Marken. Die Folge war eine unerträgliche Drangsalierung des Blattes und schließlich das Erscheinungsverbot während der Kriegsdauer, obgleich die Staatsbürger-Zeitung nichts anderes geschrieben hat als was andere Zeitungen unbeanstandet schreiben dürfen. Den Nach-

weis werden wir im Frieden an Hand unseres reichhaltigen Materials führen.

Ihr Ziel werden die Juden hoffentlich nicht erreichen. Die Staatsbürger-Zeitung lässt sich nicht einschüchtern. Sie hält nach wie vor treu zu ihrem Wahlspruch:

Für deutsche Art, gegen Verjudung und Byzantinismus!

Der unterzeichnete Verlag will das Blatt nach Friedensschluß als freimütiges Wochenblatt wieder wie bisher herausbringen, wenn er die nötige Unterstützung findet. Das Weitererscheinen eines Kampfblattes wie der Staatsbürger-Zeitung liegt im Interesse des sich selbst treuen Deutschtums, denn nach dem Kriege werden Judenherrschaft und Judeneinfluss in Deutschland in einer Weise anwachsen, wie es sich die Veranstalter des neuen behördlichen Judenkurses nicht träumen lassen. Deutschland wird es ergehen wie Frankreich nach dem Dreyfußskandal, bei dem bekanntlich das internationale Judentum siegte. Die Judenfachpresse weist jetzt schon triumphierend auf die kommenden Dinge hin. Es wird eine Massenwanderung von Juden in die deutsche Armee und die Regierung erfolgen. Ob das aktive Offizierskorps der deutschen Armee dadurch eine Verbesserung erfahren wird?

Eine ernste Frage in einer Zeit, wo die Armee der einzige gesunde Tragbalken im Bau des deutschen Reiches ist und fast alles übrige wurmstichig gesoch ächt erscheint! Ist nicht die Verschwörung der ganzen Welt gegen Deutschland der Bankerott der deutschen Auslandspolitik? Einem Bismarck wäre das nicht passiert. Aber Bismarck wurde fortgeschickt. Vor der sicheren Vernichtung hat uns nur bewahrt

die Armee, d.h. in erster Linie die militärische Führung: das deutsche Offizierskorps. Jetzt wird dieses den Juden ausgeliefert. Da entsteht die bange Frage, was wird geschehen, wenn wir wieder vor dem Abgrund stehen? Ministerverantwortlichkeit? Ein Ding zum Lachen! Heute können sich als Minister wirklich nur die Handlanger des kaiserlichen Willens behaupten.

Die Durchdringung der Ministerien mit Juden kann bei der nationalen Solidarität des Judentums bedenkliche Folgen zeitigen. Man denke an die Vergebung von Aufträgen und Lieferungen durch die Behörden. Entsteht hier nicht die Gefahr der systematischen Bevorzugung jüdischer Firmen?! Einige Ministerien wimmeln übrigens jetzt schon von Juden. Da die meisten jüdischen Geschäftsleute, namentlich die Warenhäuser, mit zu hohen Spesen arbeiten und durch den Krieg arg verschuldet sind, werden sie nach dem Friedensschluss bemüht sein, eine Erhöhung ihres Geschäftsumsatzes mit ihren bekannten Geschäftspraktiken a u f K o s t e n d e r n i c h t j ü d i s c h e n G e s c h ä f t s l e u t e zu erzwingen. Außerdem ist mit einer M a s s e n e i n w a n d e r u n g v o n J u d e n aus allen Himmelsrichtungen zu rechnen. Die behördliche Begünstigung und Verhätschelung der Juden in Deutschland sowie die Drangsalierung der Juden in Rußland muss zu einer Ueberschwemmung Deutschlands mit Juden führen.

Wenn Sie den weiteren Kampf der Staatsbürger-Zeitung gegen die jüdische Vorherrschaft für wünschenswert halten, so bitten wir Sie, unsere Bestrebungen auch durch die Tat zu fördern und uns für den

Agitationsfonds unseres Blattes an den unterzeichneten Verlag einen Beitrag zu senden.

Seit der vor einem halben Jahr erfolgten Unterdrückung haben sämtliche Einnahmen des Blattes aufgehört. Den Eingang anonymer Einsendungen quittieren wir auf Wunsch gern später im Blatt.

Nach dem Friedensschluss und dem Aufheben des Terrors der Berliner Zensur für die nichtjüdischen Zeitungen wird der Verlag eine Anzahl Agitationsbroschüren herausbringen, deren fertige Manuskripte bereits in seinem Besitz sind. Ferner haben sich einige Freunde der Sache verpflichtet, von jeder Nummer des Blattes 2000 Werbeexemplare verteilen zu lassen. Die Staatsbürger-Zeitung wird nach ihrem Wiedererscheinen den von den Juden rücksichtslos gehandhabten wirtschaftlichen Boykott fortgesetzt und systematisch auch ihren Lesern als Waffe gegen das Judentum empfehlen: „Kauft nicht bei Juden!" Boykott ist die einzige Kulturwaffe gegen die Judenherrschaft. Der von den Polen gegen die Juden geübte Boykott hat zu ungeahnten Erfolgen geführt, wie die Zornausbrüche der Judenblätter dartun.

Indem wir Sie noch bitten, uns gütigst die Anschrift von Gesinnungsfreunden und nichtjüdischen Firmen, die als Inserenten in Frage kommen, mitzuteilen, verbleiben wir

Mit deutschem Grusse

Spreeverlag G.m.b.H.

Erhnau - Berlin,

Postscheckkonto: Berlin 8193.

Aus WK 19/14 S 62a.

Charakteristik von Regierungsrat Georg Fritz

Die Ostjudenfrage .

Jn den Alldeutschen Blättern vom 23. Dezember 1916 S. 513 befindet sich folgende Notiz :

" Die Geschäfte der Vermögensverwaltung des Alldeutschen Verbandes hat Herr Geheimrat Georg Fritz übernommen, indem er vom Geschäftsführenden Ausschuss zum Schatzmeister gewählt wurde;gleichzeitig wurde er auch zum Geschäftsführer der Gesellschaft mit beschränkter Haftung bestellt,der die Vermögensverwaltung des Alldeutschen Verbandes übertragen ist. Neben Herrn Geheimrat Fritz bleibt Herr Class-Mainz Geschäftsführer der Vermögensverwaltung der G.m.b.H. "

26. 12. 16.

Gez. G.

Aus WK 19/14 S 62a.

Charakteristik von Regierungsrat Georg Fritz

Die Ostjudenfrage .

Jn den Alldeutschen Blättern vom 23. Dezember 1916 S. 513 befindet sich folgende Notiz :

" Die Geschäfte der Vermögensverwaltung des Alldeutschen Verbandes hat Herr Geheimrat Georg Fritz übernommen, indem er vom Geschäftsführenden Ausschuss zum Schatzmeister gewählt wurde;gleichzeitig wurde er auch zum Geschäftsführer der Gesellschaft mit beschränkter Haftung bestellt,der die Vermögensverwaltung des Alldeutschen Verbandes übertragen ist. Neben Herrn Geheimrat Fritz bleibt Herr Class-Mainz Geschäftsführer der Vermögensverwaltung der G.m.b.H. "

26. 12. 16.

Gez. G.

Aus WK 4/35 S.44.

Zu Nr. 6138

Auf das Schreiben vom 8. Oktober 1914 , betreffend die in der Strassburger Post vom 30. September 1914 erwähnte Bekanntmachung des Etappenkommandanten in Saargemünd über die dortige Firma Coblenz-Levy ,erwidert Jhnen das Kriegsministerium ergebenst, dass es dem Kommandanten nach seiner Meldung durchaus ferngelegen hat,durch den Zusatz " israelitische " bei der Firma Religion und Gesinnung zu verbinden oder überhaupt dem Glauben des Geschäftsinhabers nahezutreten .Durch den Zusatz sollte lediglich die Firma genau bezeichnet werden .

Der Etappenkommandant ist bereits von der vorgesetzten Stelle darauf hingewiesen worden , dass letzteres auch auf andere Weise als durch Angabe der Religion hätte geschehen können .

Aus WK 4/35 S.44.

Zu Nr. 6138

Auf das Schreiben vom 8. Oktober 1914 , betreffend die in der Strassburger Post vom 30. September 1914 erwähnte Bekanntmachung des Etappenkommandanten in Saargemünd über die dortige Firma Coblenz-Levy ,erwidert Jhnen das Kriegsministerium ergebenst, dass es dem Kommandanten nach seiner Meldung durchaus ferngelegen hat,durch den Zusatz "israelitische " bei der Firma Religion und Gesinnung zu verbinden oder überhaupt dem Glauben des Geschäftsinhabers nahezutreten .Durch den Zusatz sollte lediglich die Firma genau bezeichnet werden .

Der Etappenkommandant ist bereits von der vorgesetzten Stelle darauf hingewiesen worden , dass letzteres auch auf andere Weise als durch Angabe der Religion hätte geschehen können .

Aus WK 4/35 S. 40 .

Jn der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 3. Oktober d.Js. befindet sich der Zusatz " israelitisch" bei der Nennung der Firma Coblenz-Levy ebenfalls.

Aus WK 4/35 S. 40 .

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 3. Oktober d.Js. befindet sich der Zusatz „israelitisch" bei der Nennung der Firma Coblenz-Levy ebenfalls.

Aus WK 4/ 35 S. 2 .

Ew Excellenz

beehren wir uns folgendes ergebenst zu unterbreiten :

Nach einer Mitteilung der Strassburger Post vom 30. 9. d. J. hat der Herr Etappenkommandant in Saargemünd folgende Bekanntmachung hinterlassen :

" Nach Meldung der Gendarmerie bedient sich trotz der ergangenen Warnung die israelitische Firma C o b l e n z - L e v y in ihrem S c h r i f t v e r k e h r i n D e u t s c h l a n d d e r f r a n z ö s i s c h e n S p r a c h e . Jch gebe hiervon Kenntnis zwecks Beurteilung der politischen Gesinnung des Firmeninhabers , gegen den ich im Wiederholungsfalle einschreiten werde. "

An Se. Excellenz
den Herrn Kgl. Preuss.
Staats - und Kriegsminister

in Berlin W,
Leipzigerstr. 5/7.

Ans WK 4/ 35 S. 2 .

Ew Excellenz

beehren wir uns folgendes ergebenst zu unterbreiten :

Nach einer Mitteilung der Strassburger Post vom 30. 9. d. J. hat der Herr Etappenkommandant in Saargemünd folgende Bekanntmachung hinterlassen :

" Nach Meldung der Gendarmerie bedient sich trotz der ergangenen Warnung die israelitische Firma C o b l e n z - L e v y in ihrem S c h r i f t v e r k e h r i n D e u t s c h l a n d d e r f r a n z ö s i s c h e n S p r a c h e . Jch gebe hiervon Kenntnis zwecks Beurteilung der politischen Gesinnung des Firmeninhabers , gegen den ich im Wiederholungsfalle einschreiten werde. "

An Se. Excellenz
den Herrn Kgl. Preuss.
Staats - und Kriegsminister

in Berlin W,
Leipzigerstr. 5/7.

Aus WK 6/3 S. 3.

St.O. Tages -B. v. 22/2. zu XII.

Jüd. Mannsch. Marineteile ,Schiffe und Behörden legen ein namentl. Verzeichnis der bei ihnen befindl. Militärpers. jüd. Glaubens , Lazarette ein solches der Kranken und Verwundeten jüd. Glaubens vor bis 1. III.17.

Aus WK 6/3 S. 3.

St.O. Tages -B. v. 22/2. zu XII.

Jüd. Mannsch. Marineteile , Schiffe und Behörden legen ein namentl. Verzeichnis der bei ihnen befindl. Militärpers. jüd. Glaubens , Lazarette ein solches der Kranken und Verwundeten jüd. Glaubens vor bis 1. III.17.

Aus 6/13 S. 7.

Das stellvertretende Generalkommando des I. Armeekorps in Königsberg hat unterm 30. Juli 1917 (Aktenzeichen : IIb 39903 geheim) eine Verfügung erlassen , nach der Mannschaften jüdischen Glaubens , die in den Schreibstuben beschäftigt werden , soweit angängig , dem praktischen Dienst zuzuführen sind.

Auch hier findet also eine Sonder-Gesetzgebung über die jüdischen Mannschaften statt.

Aus 6/13 S. 7.

Das stellvertretende Generalkommando des I. Armeekorps in Königsberg hat unterm 30. Juli 1917 (Aktenzeichen : IIb 39903 geheim) eine Verfügung erlassen , nach der Mannschaften jüdischen Glaubens , die in den Schreibstuben beschäftigt werden , soweit angängig , dem praktischen Dienst zuzuführen sind.

Auch hier findet also eine Sonder-Gesetzgebung über die jüdischen Mannschaften statt.

Aus WK 6/13 S.11.

Meine Mitteilung vom 31. August d. Js. über die Geheimverfügung der stellvertretenden Generalkommandos I.A.K. vom 30. Juli d. Js. kann ich durch Nachrichten , die mir neuerdings zugegangen sind, ergänzen . Danach scheint es , dass es sich nicht um eine Massregel des hiesigen Generalkommandos , sondern um eine allgemeine Verfügung handelt, Jm Felde und zwar an der Ostfront , hat ein Kompagnieführer einem Landsturmmann , den er für sehr geeignet für die Schreibstube hielt, (Rechtsanwalt) ,sein Bedauern ausgesprochen , dass er ihn nicht beschäftigen könne, weil er Jude sei . Nach den mir zugegangenen Jnformationen hat im Sommer in den Schreibstuben usw. eine Enquete stattgefunden ,und zwar nicht eine Judenzählung , sondern viel vorsichtiger eine allgemeine Aufnahme mit Angabe der Konfession . Auf Grund dieser Statistik soll die neuerliche Verfügung ergangen sein. Als Einzelfall, den ich allerdings nicht belegen kann, ist mir berichtet worden , dass ein Truppenteilzum Bericht aufgefordert worden sei , ob auf Grund der Verfügung vom 30. Juli eine besondere Untersuchung der Juden auf Kriegsverwendungsfähigkeit veranlasst worden sei. Die Antwort habe gelautet ,es sei zwar bisher nicht geschehen ,solle aber sofort veranlasst werden . Darauf habe der Truppenteil den Bescheid bekommen , dass er die Anfrage falsch verstanden habe . Das Generalkommando habe sich nur vergewissern wollen , dass die Verfügung vom 30. Juli nicht evtl. irrtümlich in diesem Sinne aufgefasst und ausgeführt worden sei .

Aus WK 6/13 S.11.

Meine Mitteilung vom 31. August d. Js. über die Geheimverfügung der stellvertretenden Generalkommandos I.A.K. vom 30. Juli d. Js. kann ich durch Nachrichten , die mir neuerdings zugegangen sind, ergänzen . Danach scheint es , dass es sich nicht um eine Massregel des hiesigen Generalkommandos , sondern um eine allgemeine Verfügung handelt, Jm Felde und zwar an der Ostfront , hat ein Kompagnieführer einem Landsturmmann , den er für sehr geeignet für die Schreibstube hielt, (Rechtsanwalt) ,sein Bedauern ausgesprochen , dass er ihn nicht beschäftigen könne, weil er Jude sei . Nach den mir zugegangenen Jnformationen hat im Sommer in den Schreibstuben usw. eine Enquete stattgefunden ,und zwar nicht eine Judenzählung , sondern viel vorsichtiger eine allgemeine Aufnahme mit Angabe der Konfession . Auf Grund dieser Statistik soll die neuerliche Verfügung ergangen sein. Als Einzelfall, den ich allerdings nicht belegen kann, ist mir berichtet worden , dass ein Truppenteilzum Bericht aufgefordert worden sei , ob auf Grund der Verfügung vom 30. Juli eine besondere Untersuchung der Juden auf Kriegsverwendungsfähigkeit veranlasst worden sei. Die Antwort habe gelautet ,es sei zwar bisher nicht geschehen ,solle aber sofort veranlasst werden . Darauf habe der Truppenteil den Bescheid bekommen , dass er die Anfrage falsch verstanden habe . Das Generalkommando habe sich nur vergewissern wollen , dass die Verfügung vom 30. Juli nicht evtl. irrtümlich in diesem Sinne aufgefasst und ausgeführt worden sei .

Entwurf .

Berlin ,den 5. Juli 1917.

Sect. Z. Nr. 163844.

Der unterzeichnete Verein gestattet sich ergebenst , auf Folgendes hinzuweisen . Durch dortiges Schreiben vom 9. März waren wir darauf aufmerksam gemacht worden , dass gewisse Aeusserungen in unserer Zeitschrift zu Beanstandungen Veranlassung geben . Wir hatten uns daraufhin durch eine ausführliche Eingabe vom 2. 4. an die Presseabteilung beim Oberkommando in den Marken gewandt und ausdrücklich darauf hingewiesen , dass wir nur in der Verteidigung gehandelt haben , da die gegnerische Presse uns durch fortwährende Ausfälle zur Antwort gezwungen habe.

Wir gestatten uns nunmehr , in der Anlage das Heft 11/12 1917 " Auf Vorposten " zu überreichen , das unseres Erachtens gröblich gegen den Burgfrieden verstösst , wie im Uebrigen sämtliche Hefte genannter Zeitschrift. Der erste Artikel " Die Freimaurer im Weltkriege " bezweckt zweifellos, den Anschein zu erwecken , als ob die Freimaurerlogen des Auslandes, die von Juden geleitet wurden , den Krieg verschuldet haben , um so bei den Lesern den Anschein zu erwecken , als ob die Juden an diesem Kriege die Schuld hätten , eine zweifelsohne ebenso aufreizende wie unwahre und durch nichts bewiesene Behauptung . Es kann im Gegenteil festgestellt werden , dass gerade die Juden des Auslandes und der neutralen Länder zum grössten Teile deutschfreundlich gesinnt sind und auch dieser Gesinnung auch unter schwierigen Verhältnissen niemals ein Hehl gemacht haben . In dem Artikel " Die Juden im Heere " wird neben den leider schon üblich gewordenen Angriffen in denen den Juden unter Hinweis auf die angeblich geringere Sterblichkeit Drückebergerei vorgeworfen wird , der Anschein zu erwecken versucht, als ob die Juden in Bezug auf Ordensauszeichnungen , trotzdem sie sich überall zu drücken verständen , auffallend bevorzugt würden und es wird dann noch ausdrücklich der Vorwurf der Drückebergerei aufrecht erhalten . Schliesslich beschäftigt sich die genannte Zeitschrift auf S. 284 u. f. mit dem unterzeichneten Verein . Es ist richtig, dass wir, lediglich um den bekannten Sammlungen von antisemitischer Seite entgegenzutreten ,gewisse Kriegswucherfälle ermitteln, um nur für den Fall , dass nach dem Kriege von Seiten der Freunde

An die

Presseabteilung beim
Oberkommando in den Marken ,

Berlin W.10.

Potsdamerstr. 22 a.

der Zeitschrift " Auf Vorposten " die Juden mit dem Vorwurfe des Kriegswuchers angegriffen werden , in der Lage zu sein , diesen Angriffen entgegenzutreten und zu zeigen , dass der Wucher nicht abhängig ist von der Religion der betr. Person , sondern mit der Berufsgliederung in Zusammenhang steht. Die " Vorposten " versuchen aber in ihrem Artikel den Spiess umzudrehen und es so darzustellen , als ob wir behaupten wollen , die Landwirte hätten gewuchert. Nichts hat uns ferner gelegen und liegt uns ferner. Wir verurteilen gerade jede Verallgemeinerung und wollen nur zeigen , dass es auch in der Landwirtschaft wie in allen andern Berufen schwache Charaktere gibt, die trotz der Not des Volkes sich zu verbrecherischen Handlungen hinreissen lassen . Wie die Vorposten im Uebrigen ihre Pflicht in der jetzigen Zeit den Burgfrieden zu wahren auffassen, geht ja aus der angeblichen Statistik , die sie dem Berliner Tageblatt entnommen haben wollen , hervor , wonach 69 evangelische , 62 katholische und 62 sonstige neben 288 Juden unter 100 000 strafmündigen Personen bestraft worden seien. Aus derartigen Angriffen geht die Notwendigkeit der von uns vorgenommenen Statistik zwingend hervor. Unerhört sind sodann die im Anschluss an einen bedauerlichen Vorfall , bei dem eine Landwirtsfrau einen jüdischen Jungen seiner Religion willen zurückweisen liess , ausgesprochenen Verdächtigungen gegen den unterzeichneten Verein. Wenn das Blatt im Anschluss an eine Aeusserung der gewiss nicht als judenfeindlich verdächtigen " Täglichen Rundschau " , die eine derartige Handlungsweise als "gemütsroh" betrachtet, sich zu der Aeusserung hinreissen lässt :" Welcher Siegfried mag das wohl geschrieben haben ?" , so brauchen wir wohl der Charakterisierung des genannten Blattes nichts mehr hinzuzufügen , ebensowenig zu der im Anschluss angeführten , durch nichts bewiesenen Aeusserung, aus dem Munde eines Berliner Professors über"die Psyche der jüdischen Gymnasiasten ". Der Rest des Artikels beschäftigt sich mit einer Darlegung , dass die Juden nur im Stande seien , durch Handel und im Handel etwas zu erreichen und schliesst mit der völlig unbegründeten Behauptung , dass die Juden vor dem Kriege 1/3 und jetzt über die Hälfte des gesamten Volksvermögens besitzen . Auch dieser Absatz ist lediglich in der Absicht geschrieben , bei dem Volke den Eindruck zu erwecken , als ob die Juden in ausserordentlichem Masse wuchern . Auch der übrige Inhalt der Zeitschrift wimmelt von schweren und schwersten Angriffen gegen die Juden .

Trotzdem , wie bereits gesagt, sämtliche Nummern der " Vorposten " derartige Angriffe enthalten , haben wir uns doch(schon mit Rücksicht auf die uns zuteil gewordene Vermahnung vom 9. März) veranlasst gesehen , der Presseabteilung die vorliegende Nummer zu unterbreiten . Wir glauben , dass , nachdem uns, die wir lediglich in der Notwehr gehandelt haben ,wegen viel geringerer gelegentlicher Aeusserungen eine Vermahnung zuteil geworden ist, die Presse-Abteilung nicht umhin können wird, im vorliegenden Falle gegen ein Organ , das es systematisch darauf anlegt, gewisse Bevölkerungskreise gegen die Juden aufzuhetzen , entscheidend vorzugehen .

Aus WK 4/25 S. 17.

Presse - Abteilung

Oberkommando in den Marken

Sect. Z.Nr.29952.

Berlin W10. 10. August 1917
Potsdamerstr. 22. a.

Auf das gefällige Schreiben vom 8. d. Mts. erwidert die Presseabteilung des Oberkommandos ergebenst, dass die in der Anlage wieder beigefügte Nummer 11/12 der Zeitschrift " Auf Vorposten " hier nicht übersehen ist. Die periodischen Druckschriften antisemitischen Jnhalts werden hier ebenso genau verfolgt, wie alle sonstigen Publikationen , welche der Prüfung der Presseabteilung unterstehen . Es ist ohne weiteres zugegeben worden , dass die Tonart des " Vorposten " meist eine für unsere israelitischen Mitbürger sehr verletzende ist, wie überhaupt die konfessionelle Polemik zu den unerquicklichsten Störungen des Burgfriedens gehört. Wenn aber in dem dortigen Schreiben eine Mahnung an die Presseabteilung gerichtet wird , Licht und Schatten gleichmässig zu verteilen und die Zeitschrift des Central-Vereins nicht strenger zu behandeln , als Zeitschriften von der Art des " Vorposten " so muss die Presseabteilung eine solche Mahnung als sachlich unbegründet zurückweisen . Zensurmassnahmen sind für die Oeffentlichkeit nur erkennbar , wenn sie bis zum dauernden oder zeitweiligen Verbot des Erscheinens der betreffenden periodischen Druckschrift gehen. Alle anderen, auch noch so scharfen Zurechtweisungen einer Redaktion entziehen sich dagegen der Kenntnis und Beurteilung Dritter , die deshalb nicht in der Lage sind, sich ein erschöpfendes Urteil über die Zensurpraxis der Aufsichtsbehörde zu bilden . Jedenfalls wollen Sie davon überzeugt sein , dass die Presseabteilung es stets als ihre höchste Pflicht betrachtet, im Kampfe der Weltanschauungen und Tagesmeinungen unparteiisch und gerecht ihres Amtes zu walten .

An den
Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ,
B e r l i n S W 68 .
Lindenstr. 13 I

76

Aus WK 4/25 S. 17.

Presse - Abteilung
Oberkommando in den Marken
Sect. Z.Nr.29952.

Berlin W10. 10. August 1917
Potsdamerstr. 22. a.

Auf das gefällige Schreiben vom 8. d. Mts. erwidert die Presseabteilung des Oberkommandos ergebenst, dass die in der Anlage wieder beigefügte Nummer 11/12 der Zeitschrift " Auf Vorposten " hier nicht übersehen ist. Die periodischen Druckschriften antisemitischen Inhalts werden hier ebenso genau verfolgt, wie alle sonstigen Publikationen, welche der Prüfung der Presseabteilung unterstehen. Es ist ohne weiteres zugegeben worden, dass die Tonart des " Vorposten " meist eine für unsere israelitischen Mitbürger sehr verletzende ist, wie überhaupt die konfessionelle Polemik zu den unerquicklichsten Störungen des Burgfriedens gehört. Wenn aber in dem dortigen Schreiben eine Mahnung an die Presseabteilung gerichtet wird, Licht und Schatten gleichmässig zu verteilen und die Zeitschrift des Central-Vereins nicht strenger zu behandeln, als Zeitschriften von der Art des " Vorposten " so muss die Presseabteilung eine solche Mahnung als sachlich unbegründet zurückweisen. Zensurmassnahmen sind für die Oeffentlichkeit nur erkennbar, wenn sie bis zum dauernden oder zeitweiligen Verbot des Erscheinens der betreffenden periodischen Druckschrift gehen. Alle anderen, auch noch so scharfen Zurechtweisungen einer Redaktion entziehen sich dagegen der Kenntnis und Beurteilung Dritter, die deshalb nicht in der Lage sind, sich ein erschöpfendes Urteil über die Zensurpraxis der Aufsichtsbehörde zu bilden. Jedenfalls wollen Sie davon überzeugt sein, dass die Presseabteilung es stets als ihre höchste Pflicht betrachtet, im Kampfe der Weltanschauungen und Tagesmeinungen unparteiisch und gerecht ihres Amtes zu walten.

An den
Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens,
B e r l i n S W 68.
Lindenstr. 13 I

77

Aus WK 4/25 S. 14/16.

Entwurf .

Berlin ,den 5. Juli 1917.

Sect. Z. Nr. 163844.

Der unterzeichnete Verein gestattet sich ergebenst , auf Folgendes hinzuweisen . Durch dortiges Schreiben vom 9. März waren wir darauf aufmerksam gemacht worden , dass gewisse Aeusserungen in unserer Zeitschrift zu Beanstandungen Veranlassung geben . Wir hatten uns daraufhin durch eine ausführliche Eingabe vom 2. 4. an die Presseabteilung beim Oberkommando in den Marken gewandt und ausdrücklich darauf hingewiesen , dass wir nur in der Verteidigung gehandelt haben , da die gegnerische Presse uns durch fortwährende Ausfälle zur Antwort gezwungen habe.

Wir gestatten uns nunmehr , in der Anlage das Heft 11/12 1917 " Auf Vorposten " zu überreichen , das unseres Erachtens gröblich gegen den Burgfrieden verstösst , wie im Uebrigen sämtliche Hefte genannter Zeitschrift. Der erste Artikel " Die Freimaurer im Weltkriege " bezweckt zweifellos, den Anschein zu erwecken , als ob die Freimaurerlogen des Auslandes, die von Juden geleitet wurden , den Krieg verschuldet haben , um so bei den Lesern den Anschein zu erwecken , als ob die Juden an diesem Kriege die Schuld hätten , eine zweifelsohne ebenso aufreizende wie unwahre und durch nichts bewiesene Behauptung . Es kann im Gegenteil festgestellt werden , dass gerade die Juden des Auslandes und der neutralen Länder zum grössten Teile deutschfreundlich gesinnt sind und auch dieser Gesinnung auch unter schwierigen Verhältnissen niemals ein Hehl gemacht haben . Jn dem Artikel " Die Juden im Heere " wird neben den leider schon üblich gewordenen Angriffen in denen den Juden unter Hinweis auf die angeblich geringere Sterblichkeit Drückebergerei vorgeworfen wird , der Anschein zu erwecken versucht, als ob die Juden in Bezug auf Ordensauszeichnungen , trotzdem sie sich überall zu drücken verstünden , auffallend bevorzugt würden und es wird dann noch ausdrücklich der Vorwurf der Drückebergerei aufrecht erhalten . Schliesslich beschäftigt sich die genannte Zeitschrift auf S. 284 u. f. mit dem unterzeichneten Verein . Es ist richtig, dass wir, lediglich um den bekannten Sammlungen von anitisemitischer Seite entgegenzutreten ,gewisse Kriegswucherfälle ermitteln, um nur für den Fall , dass nach dem Kriege von Seiten der Freunde

An die

Presseabteilung beim
Oberkommando in den Marken ,

Berlin W.10.

Potsdamerstr. 22 a.

der Zeitschrift " Auf Vorposten " die Juden mit dem Vorwurfe des Kriegswuchers angegriffen werden , in der Lage zu sein , diesen Angriffen entgegenzutreten und zu zeigen , dass der Wucher nicht abhängig ist von der Religion der betr. Person , sondern mit der Berufsgliederung in Zusammenhang steht. Die " Vorposten " versuchen aber in ihrem Artikel den Spiess umzudrehen und es so darzustellen , als ob wir behaupten wollen , die Landwirte hätten gewuchert. Nichts hat uns ferner gelegen und liegt uns ferner. Wir verurteilen gerade jede Verallgemeinerung und wollen nur zeigen , dass es auch in der Landwirtschaft wie in allen andern Berufen schwache Charaktere gibt, die trotz der Not des Volkes sich zu verbrecherischen Handlungen hinreissen lassen . Wie die Vorposten im Uebrigen ihre Pflicht in der jetzigen Zeit den Burgfrieden zu wahren auffassen, geht ja aus der angeblichen Statistik , die sie dem Berliner Tageblatt entnommen haben wollen , hervor , wonach 69 evangelische , 62 katholische und 62 sonstige neben 288 Juden unter 100 000 strafmündigen Personen bestraft worden seien. Aus derartigen Angriffen geht die Notwendigkeit der von uns vorgenommenen Statistik zwingend hervor. Unerhört sind sodann die im Anschluss an einen bedauerlichen Vorfall , bei dem eine Landwirtsfrau einen jüdischen Jungen seiner Religion willen zurückweisen liess , ausgesprochenen Verdächtigungen gegen den unterzeichneten Verein. Wenn das Blatt im Anschluss an eine Aeusserung der gewiss nicht als judenfeindlich verdächtigen " Täglichen Rundschau ", die eine derartige Handlungsweise als "gemütsroh" betrachtet, sich zu der Aeusserung hinreissen lässt :" Welcher Siegfried mag das wohl geschrieben haben ?" , so brauchen wir wohl der Charakterisierung des genannten Blattes nichts mehr hinzuzufügen , ebensowenig zu der im Anschluss angeführten , durch nichts bewiesenen Aeusserung, aus dem Munde eines Berliner Professors über"die Psyche der jüdischen Gymnasiasten ". Der Rest des Artikels beschäftigt sich mit einer Darlegung , dass die Juden nur im Stande seien , durch Handel und im Handel etwas zu erreichen und schliesst mit der völlig unbegründeten Behauptung , dass die Juden vor dem Kriege 1/3 und jetzt über die Hälfte des gesamten Volksvermögens besitzen . Auch dieser Absatz ist lediglich in der Absicht geschrieben , bei dem Volke den Eindruck zu erwecken , als ob die Juden in ausserordentlichem Masse wuchern .Auch der übrige Jnhalt der Zeitschrift wimmelt von schweren und schwersten Angriffen gegen die Juden .

Trotzdem , wie bereits gesagt, sämtliche Nummern der " Vorposten " derartige Angriffe enthalten , haben wir uns doch(schon mit Rücksicht auf die uns zuteil gewordene Vermahnung vom 9. März) veranlasst gesehen , der Presseabteilung die vorliegende Nummer zu unterbreiten . Wir glauben , dass , nachdem uns, die wir lediglich in der Notwehr gehandelt haben ,wegen viel geringerer gelegentlicher Aeusserungen eine Vermahnung zuteil geworden ist, die Presse-Abteilung nicht umhin können wird, im vorliegenden Falle gegen ein Organ , das es systematisch darauf anlegt, gewisse Bevölkerungskreise gegen die Juden aufzuhetzen , entscheidend vorzugehen .

Aus WK 14/4

" Jm deutschen Reich " Februar 1917 .

Mit der Glaubenszählung im deutschen Heere beschäftigt sich auch die englische Presse. Jn der "Times" finden wir folgende Auslassung : Die Wiederbelebung der a n t i s e m i t i s c h e n B "e w e g u n g in Deutschland scheint Fortschritte zu machen . Vor kurzem haben wir in dieser Rubrik darüber berichtet, dass die hauptsächlichen jüdischen Vereine und Verbände in Deutschland einen Ausschuss für Kriegsstatistik gegründet haben, der Material für die Verteidigung der Juden gegen die Behauptung der Drückebergerei während des Krieges sammelt. Nun haben alle Parteien des Reichstages ausgenommen die Linke und Sozialisten , kürzlich eine Resolution angenommen , dahingehend, eine Zählung der in zahlreichen öffentlichen Behörden zurückgebliebenen Personen , die während des Krieges dort beschäftigt werden , anzustellen , um Gehalt und Religion festzustellen . Dieser anscheinend unschuldige Vorschlag wurde von dem Führer der sozialistischen Mehrheitspartei , Herrn Scheidemann , als ein Vorschlag zur Zählung von Juden festgenagelt, und es kann kein Zweifel sein , dass das auch die Absicht ist. Nationalliberale und konservative Zeitungen sagen ; es sei allgemeine Meinung, dass die zahlreichen neuen Kriegs- und Rohstoffgesellschaften Plätze der Zuflucht für jüdische Drückeberger seien . Das jüdische Berliner Tageblatt schlägt vor, eine Statistik von den Personen anzufertigen , die mit der Feder oder mit dem Munde die ganze Welt verhetzen und festzustellen , wieviele hiervon im Felde oder in den Schützengräben seien .Eine eigenartige Veröffentlichung ist ein Artikel eines Deutschamerikaners im " Vorwärts " , der sagt , dass der Zweck der antisemitischen Tendenzen im Reichstage dahinging , die bedeutenden jüdischen Voten bei der amerikanischen Präsidentenwahl zu beeinflussen .

Aus WK 14/4

" Jm deutschen Reich " Februar 1917 .

Mit der Glaubenszählung im deutschen Heere beschäftigt sich auch die englische Presse. Jn der "Times" finden wir folgende Auslassung : Die Wiederbelebung der a n t i s e m i t i s c h e n B "e w e g u n g in Deutschland scheint Fortschritte zu machen . Vor kurzem haben wir in dieser Rubrik darüber berichtet, dass die hauptsächlichen jüdischen Vereine und Verbände in Deutschland einen Ausschuss für Kriegsstatistik gegründet haben, der Material für die Verteidigung der Juden gegen die Behauptung der Drückebergerei während des Krieges sammelt. Nun haben alle Parteien des Reichstages ausgenommen die Linke und Sozialisten , kürzlich eine Resolution angenommen , dahingehend, eine Zählung der in zahlreichen öffentlichen Behörden zurückgebliebenen Personen , die während des Krieges dort beschäftigt werden , anzustellen , um Gehalt und Religion festzustellen . Dieser anscheinend unschuldige Vorschlag wurde von dem Führer der sozialistischen Mehrheitspartei , Herrn Scheidemann , als ein Vorschlag zur Zählung von Juden festgenagelt, und es kann kein Zweifel sein , dass das auch die Absicht ist. Nationalliberale und konservative Zeitungen sagen , es sei allgemeine Meinung, dass die zahlreichen neuen Kriegs- und Rohstoffgesellschaften Plätze der Zuflucht für jüdische Drückeberger seien . Das jüdische Berliner Tageblatt schlägt vor, eine Statistik von den Personen anzufertigen , die mit der Feder oder mit dem Munde die ganze Welt verhetzen und festzustellen , wieviele hiervon im Felde oder in den Schützengräben seien .Eine eigenartige Veröffentlichung ist ein Artikel eines Deutschamerikaners im " Vorwärts " , der sagt , dass der Zweck der antisemitischen Tendenzen im Reichstage dahinging , die bedeutenden jüdischen Voten bei der amerikanischen Präsidentenwahl zu beeinflussen .

Aus WK 12/8 S. 19.

Auf das dortige Schreiben vom 22. Januar 1917 - Nr. 4078 - erwidere ich ergebenst , dass die Ermittlungen seinerzeit in jedem Territorialbezirk und zwar auf Veranlassung des Königlichen Kriegsministeriums stattgefunden haben . Weitere Schritte in der gleichen Richtung sind nicht beabsichtigt und werden voraussichtlich auch in Zukunft nicht erfolgen .

Aus WK 12/8 S. 19.

Auf das dortige Schreiben vom 22. Januar 1917 - Nr. 4078 - erwidere ich ergebenst , dass die Ermittlungen seinerzeit in jedem Territorialbezirk und zwar auf Veranlassung des Königlichen Kriegsministeriums stattgefunden haben . Weitere Schritte in der gleichen Richtung sind nicht beabsichtigt und werden voraussichtlich auch in Zukunft nicht erfolgen .

Aus WK 12/8 S. 14

Berlin , den 21. Januar 1917 .

Dem Herrn Militärinspekteur für

Freiwillige Krankenpflege

in Berlin.

gestattet sich der unterfertigte , mehr als 200 000 deutsche Juden vertretende Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens , dessen Aufgabe nach der beifolgenden Satzung darin besteht , die deutschen Juden in der tatkräftigen Wahrung ihrer gesetzlich gewährleisteten Gleichberechtigung , sowie in der unbeirrten Pflege vaterländischer Gesinnung zu stärken , folgendes zu unterbreiten :

Am 28. Oktober v. J. hat der Herr Territorial- Delegierte der Freiwilligen Krankenpflege in Hannover unter Nr. 79-76K. II.Aug. einen Fragebogen verschickt in dem sich unter anderen folgende Frage befand : 5." Wieveil von den unter No. 1-4 aufgeführten Personen sind israelitischen Glaubens ? Wie heissen diese ? Wann sind sie geboren und welche von ihnen sind als kriegsverwendungsfähig befunden? "

Diese Zählung der jüdischen Mitglieder der Freiwilligen Krankenpflege hat in den Kreisen unserer Glaubensgenossen Aufsehen und berechtigte Entrüstung erregt. Seit Jahrzehnten befinden sich viele Juden im Dienste der Freiwilligen Krankenpflege ; sie haben sich , wie auch vielfach anerkannt worden ist, durch ihre Tüchtigkeit grosse Verdienste erworben . Durch Fragebogen der hier vorliegenden Art wird Missstimmung hervorgerufen und der Eindruck erweckt, als wenn die Tätigkeit von Juden unerwünscht sei und in Zukunft nicht mehr erfolgen sollen .

Wir möchten bitten , anordnen zu wollen , dass eine Ermittlung des Religionsbekenntnisses in der Freiwilligen Krankenpflege unterbleibt.

Von den getroffenen Massnahmen bitten wir uns gütigst Kenntnis zu geben .

An den

Militärinspekteur

für Freiwillige Krankenpflege

B e r l i n .

Aus WK 12/8 S. 14

Berlin , den 21. Januar 1917 .

Dem Herrn Militärinspekteur für

Freiwillige Krankenpflege

in Berlin.

gestattet sich der unterfertigte , mehr als 200 000 deutsche Juden vertretende Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens , dessen Aufgabe nach der beifolgenden Satzung darin besteht , die deutschen Juden in der tatkräftigen Wahrung ihrer gesetzlich gewährleisteten Gleichberechtigung , sowie in der unbeirrten Pflege vaterländischer Gesinnung zu stärken , folgendes zu unterbreiten :

Am 28. Oktober v. J. hat der Herr Territorial- Delegierte der Freiwilligen Krankenpflege in Hannover unter Nr. 79-76K. II.Aug. einen Fragebogen verschickt in dem sich unter anderen folgende Frage befand : 5." Wieveil von den unter No. 1-4 aufgeführten Personen sind israelitischen Glaubens ? Wie heissen diese ? Wann sind sie geboren und welche von ihnen sind als kriegsverwendungsfähig befunden? "

Diese Zählung der jüdischen Mitglieder der Freiwilligen Krankenpflege hat in den Kreisen unserer Glaubensgenossen Aufsehen und berechtigte Entrüstung erregt. Seit Jahrzehnten befinden sich viele Juden im Dienste der Freiwilligen Krankenpflege ; sie haben sich , wie auch vielfach anerkannt worden ist, durch ihre Tüchtigkeit grosse Verdienste erworben . Durch Fragebogen der hier vorliegenden Art wird Missstimmung hervorgerufen und der Eindruck erweckt, als wenn die Tätigkeit von Juden unerwünscht sei und in Zukunft nicht mehr erfolgen sollen .

Wir möchten bitten , anordnen zu wollen , dass eine Ermittlung des Religionsbekenntnisses in der Freiwilligen Krankenpflege unterbleibt.

Von den getroffenen Massnahmen bitten wir uns gütigst Kenntnis zu geben .

An den

Militärinspekteur

für Freiwillige Krankenpflege

B e r l i n .